

S A T Z U N G

11

über die Benutzung des Dorfgemeinschaftshauses (Rathauses) und seiner Einrichtungen in der Ortsgemeinde Bremberg vom 10. Dez. 1987

Aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) für Rheinland-Pfalz vom 14.12.1973 (GVBl. S. 419) in der jeweils gültigen Fassung hat der Ortsgemeinderat Bremberg für die Benutzung des Dorfgemeinschaftshauses (Rathaus) und seiner Einrichtungen am 28.10.1987 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Benutzungsrecht

Den Einwohnern, allen Vereinen und Verbänden in der Gemeinde steht das Recht auf Benutzung aller Räumlichkeiten mit ihren Einrichtungen im Dorfgemeinschaftshaus (Rathaus) zu.

Für auswärtige Personen, Verbände und Vereine wird das Benutzungsrecht nur insoweit eingeräumt, als es nicht durch den ortsansässigen Personenkreis geltend gemacht wird.

In diesen Fällen ist für die Benutzung der Abschluß einer Sondervereinbarung nach § 2 Abs. 3 Satz 2 Kommunalabgabengesetz erforderlich.

§ 2

Benutzungsmöglichkeit

Die in § 1 genannten Räumlichkeiten und Einrichtungen können benutzt werden für Familienfeiern, Veranstaltungen aller Art und Übungsstunden der Vereine.

## § 3

## Übergabe des Inventars

Am Tag vor der Veranstaltung soll der Veranstalter oder dessen Beauftragter zugegen sein, wenn der Ortsbürgermeister oder dessen Beauftragter das Inventar übergibt.

## § 4

## 1) Haftung

Der Benutzer haftet selbstschuldnerisch für sämtliche während der Benutzungszeit entstandenen Schäden an dem Gebäude, den Außenanlagen, an Inventar und Zubehör.

## 2) Haftungsfreistellung

Der Benutzer oder die Benutzergruppe stellt die Ortsgemeinde von etwaigen Haftpflichtansprüchen seiner Bediensteten, Mitglieder oder Beauftragten, der Besucher seiner Veranstaltungen oder sonstiger Dritter für Schäden frei, die im Zusammenhang mit der Benutzung des Gemeindehauses und seiner Außenanlagen stehen.

Der Benutzer oder die Benutzergruppe verzichten ihrerseits auf eigene Haftpflichtansprüche gegen die Ortsgemeinde und für den Fall der eigenen Inanspruchnahme auf die Geltendmachung von Rückgriffansprüchen gegen die Ortsgemeinde und deren Bediensteten oder Beauftragten.

Von dieser Vereinbarung bleibt die Haftung der Ortsgemeinde als Grundstückseigentümer für den sicheren Bauzustand von Gebäuden gemäß § 836 BGB unberührt.

## § 5

## Pflichten des Benutzers

Nach der Veranstaltung sind die benutzten Räume einschließlich der mitbenutzten Einrichtungsgegenstände und Gebrauchsgegenstände unverzüglich durch den Benutzer zu reinigen und an den Ortsbürgermeister bzw. dessen Beauftragten mit den Schlüsseln zu übergeben. Festgestellte Schäden und Mängel sind dabei anzuzeigen.

## § 6

## Benutzungsgebühren

Für die Erhebung der Gebühren für das Dorfgemeinschaftshaus (Rathaus) ist die jeweilige Gebührensatzung maßgebend.

## § 7

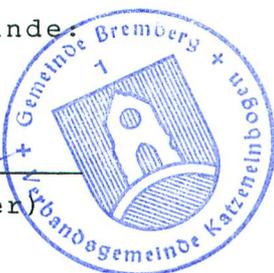
## Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem auf ihre Veröffentlichung folgenden Tage in Kraft.

Bremberg , den 10. Dez. 1987

Für die Ortsgemeinde

  
(Ortsbürgermeister)



H I N W E I S

Nach § 24 Abs. 6 Satz 2 der Gemeindeordnung ist eine Verletzung der Bestimmungen über Ausschließungsgründe (§ 22 Abs. 1 GemO) und die Einberufung und die Tagesordnung von Sitzungen des Gemeinderates unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung schriftlich unter Bezeichnung der Tatsache, die eine Rechtsverletzung begründen können, gegenüber der Verbandsgemeindeverwaltung geltend gemacht worden sind.

Katzenelnbogen, 10. Dez. 1987



Verbandsgemeindeverwaltung

Katzenelnbogen

*Stahlhofen*

(Stahlhofen)

Bürgermeister

BEKANNTMACHUNGSVERMERK:

Die vorstehende Satzung wurde gem. § 27 GemO und entsprechend der Hauptsatzung der Ortsgemeinde/~~xxxx~~ ..... 5409 Bremberg ..... im Informationsblatt für den Einrich Nr. ..53... am 28. Dez. 1987 in vollem Wortlaut öffentlich bekanntgemacht.

Die Satzung ist damit am 2.9. Dez. 1987... in Kraft getreten.

5429 Katzenelnbogen. ... 14. Jan. 1988 .....



Verbandsgemeindeverwaltung

Katzenelnbogen

Im Auftrage

*Heuser*

( Heuser )

VG- Inspektor